

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 10. Januar 2005

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit alle Chancen nutzen! Stiftung Marktwirtschaft unterstützt prinzipiell Ausweitung der sogenannten Ein-Euro-Jobs auf Unternehmen

Bei einer vernünftigen Ausgestaltung der sogenannten Ein-Euro-Jobs ist es sinnvoll, diese auch auf Unternehmen auszuweiten, so die Einschätzung der Stiftung Marktwirtschaft. Bedingungen für positive Beschäftigungseffekte wären marktgerechte Entleihgebühren, eine klare Zielgruppenorientierung und geringe Aufwandsentschädigungen. „Dann können die Ein-Euro-Jobs eine echte Chance für Langzeitarbeitslose sein“, urteilt Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft: „Die Schattenwirtschaft beweist, daß es genug Arbeit gibt. Das Problem ist nur, daß reguläre Arbeit in Deutschland häufig zu teuer ist.“

Dr. Michael Eilfort nennt mehrere Argumente für die Ausweitung der Ein-Euro-Jobs auf Wirtschaftsunternehmen: „Erstens erhöhen diese Tätigkeiten aufgrund ihrer Marktnähe die Chancen der Langzeitarbeitslosen auf dem regulären Arbeitsmarkt stärker, als es bei den derzeit vorgesehenen Ein-Euro-Jobs der Fall ist. Sie erhalten und fördern die beschäftigungsnotwendigen Qualifikationen der Langzeitarbeitslosen und entlasten die Betroffenen von dem Vorbehalt, nicht mehr für reguläre Arbeit geeignet zu sein.“

Zweitens, so Eilfort, könne die Bundesagentur für Arbeit durch das Refinanzierungsmodell (Unternehmen zahlen pro Arbeitslosen einen im Wettbewerb entstehenden Stundenlohn in Höhe von beispielsweise drei bis vier Euro) Mittel einsparen. Diese Gelder könnten etwa in der Vermittlung von Arbeitslosen, zur Senkung der Lohnnebenkosten oder für staatliche Investitionsaufgaben verwendet werden.

„Drittens werden die vergleichsweise niedrigen Entleihgebühren dazu führen, daß die Unternehmen ihre Arbeitsnachfrage ausweiten“, prognostiziert Eilfort. Denn angesichts der immer noch boomenden Schattenwirtschaft stehe außer Frage, daß genügend Arbeit vorhanden sei. „Vielfach sind reguläre Arbeitsverhältnisse jedoch zu teuer und daher unattraktiv. Wenn es gelingt, einen Teil dieser Tätigkeiten aus der Schattenwirtschaft herauszuholen und von Langzeitarbeitslosen ausüben zu lassen, ist damit allen mehr geholfen, als wenn wir dauerhaft staatlich die unfreiwillige Beschäftigungslosigkeit finanzieren.“ Zwar werden im Einzelfall Verdrängungseffekte nicht auszuschließen sein, allerdings ist nach Ansicht der Stiftung Marktwirtschaft davon auszugehen, daß im Saldo deutlich mehr neue Stellen entstehen als bestehende verdrängt werden.

Eine Ausweitung der Ein-Euro-Jobs knüpft die Stiftung Marktwirtschaft an die folgenden Bedingungen: Die Unternehmen müssen um die Langzeitarbeitslosen konkurrieren und marktgerechte Entleihgebühren an die Bundesagentur für Arbeit zahlen, auch wenn diese zunächst vermutlich sehr niedrig sein werden. Eine zusätzliche Subventionierung der Entleiher durch öffentliche Gelder ist hingegen strikt abzulehnen. Darüber hinaus sollte die Aufwandspauschale für die teilnehmenden Langzeitarbeitslosen relativ niedrig sein. „Nur so können wir verhindern, daß die Kombination aus ALG-II-Bezug und Ein-Euro-Job für sie attraktiver ist als eine niedrig entlohnte reguläre Vollzeitbeschäftigung oder Hinzuverdienstmöglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt.“ Ein-Euro-Jobs sind in erster Linie nicht als Dauerlösung für die Betroffenen gedacht, so Eilfort: „Ihre vernünftige Ausgestaltung entscheidet über ihren Erfolg.“

(82 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de